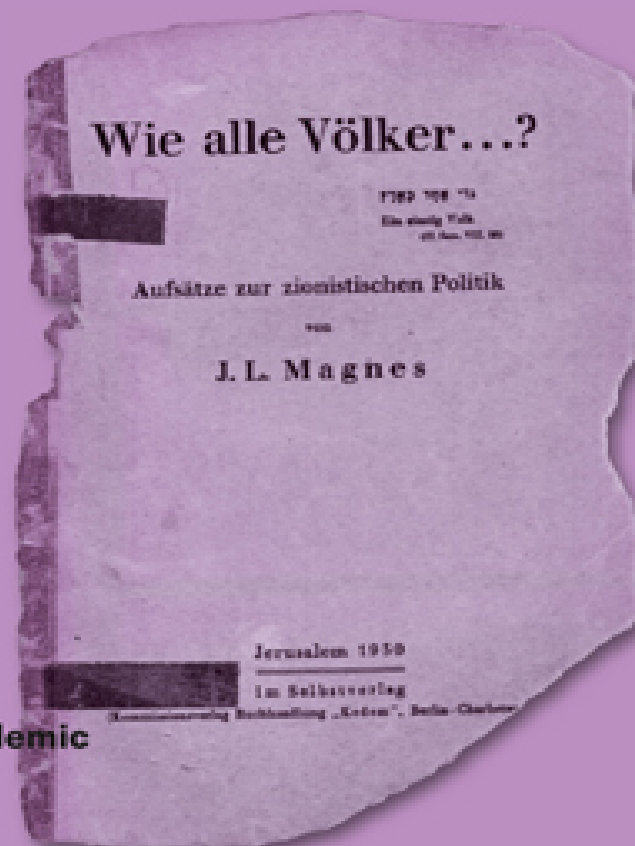


Reiner Bernstein

Wie alle Völker ...?

Israel und Palästina als Problem
der internationalen Diplomatie



Reiner Bernstein

„Wie alle Völker ...?“

Israel und Palästina als Problem der
internationalen Diplomatie

wbgAcademic

Impressum

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnd.d-nb.de> abrufbar

wbg academic ist ein Imprint der wbg
© 2018 by wbg (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt
Die Herausgabe des Werkes wurde durch die
Vereinsmitglieder der wbg ermöglicht.
Satz und eBook: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH

Besuchen Sie uns im Internet: www.wbg-wissenverbindet.de

ISBN 978-3-534-40102-4

Elektronisch sind folgende Ausgaben erhältlich:

eBook (PDF): 978-3-534-40104-8

eBook (epub): 978-3-534-40103-1

Menü

[Buch lesen](#)

[Innentitel](#)

[Inhaltsverzeichnis](#)

[Informationen zum Buch](#)

[Informationen zum Autor](#)

[Impressum](#)

Unvergessen:
Akiva Ernst Simon (Berlin 1899 - Jerusalem 1988),
vielen besonders deutschsprachigen Zionisten in der
britischen Mandatszeit sowie den Anwälten des Friedens
in Israel und Palästina von heute

Inhalt

Zum Geleit

Abkürzungen

Kapitel I Das Problem

Kapitel II Einleitung

Kapitel III Osloer Illusionen

Kapitel IV Das Schwert des Krieges als Rechtsstandpunkt

Kapitel V Keine Zukunft ohne Judentum

Kapitel VI Zions Judenfrage

Kapitel VII Heimat zweier Völker

Kapitel VIII 1967: „Wir waren wie Träumer“

Kapitel IX Camp David, „Road Map“ und „Genfer Initiative“: Geschichten vom dünnen Eis“

Kapitel X Der arabische Islam und das Versagen der palästinensischen Führung

Kapitel XI Politische und völkerrechtliche Aspekte des palästinensischen Flüchtlingsproblems

Kapitel XII Die internationale Diplomatie vom Kopf auf die Füße stellen

Kapitel XIII Kein Nachruf: Zu spät für den Frieden?

Namensregister

Kommentiertes Literaturverzeichnis

Glossar

Anlagen

„Schweigen ist keine Option mehr!“

„Der säkulare Zionismus steht nackt vor der jüdischen Tradition“

Eingangssätze aus der israelischen Unabhängigkeitserklärung am 14. Mai 1948 und Auszug aus der Proklamation des Staates Palästina am 15. November 1988

Text der israelischen und der palästinensischen Nationalhymne

Die Gründung von Gush Emunim. Die Erlösungsreise des Landes beginnt

Welche Strategie hat Israel?

„Wir hatten schwere Vorbehalte gegen Deutschland“

Bestens vernetzt. Erzählung aus Israels „Rechtsstaatsnarrativ“

Israels Sicherheitsgarantie für Jordanien

Jerusalem – das Herzstück des israelisch-palästinensischen Konflikts

Fünf Thesen zum Nahostkonflikt

„Gegen Antisemitismus, für Kritik an der Politik des
Staates Israel“

Liste von Friedensgruppen

Zum Geleit

Der moderne Sisyphos ist derjenige, der sich um die Überwindung des palästinensisch-israelischen Konflikts bemüht. Einer, der die Rolle eines solchen modernen Sisyphos übernommen hat, ist der unermüdliche Reiner Bernstein, Verfasser dieses Buches. Obwohl das Fragezeichen im Titel des letzten Kapitels - „Zu spät für den Frieden?“ - theoretisch die Zukunft noch offenlässt, täuscht Bernsteins Text nicht darüber hinweg, dass es sich um eine bloß rhetorische Frage handelt und Sisyphos davon ausgehen muss, dass eine Lösung erst in messianischer Zeit möglich sein wird.

Schlimmer noch: Wenn die Welt mit dem Messias zu rechnen hat, an den die israelische Siedlerbewegung glaubt, steht am Abschluss des langen Weges kein Happyend. Gerade weil der moderne Sisyphos sich in der Geschichte des Nahostkonflikts, der zionistischen Bewegung und des jüdischen Volks gut auskennt, muss seine Prognose äußerst skeptisch, ja pessimistisch ausfallen. Dieser düsteren Prognose wird der objektive Beobachter zustimmen müssen.

Es geht um den paradoxen Verlauf der zionistischen, also der nationaljüdischen Bewegung, vom Aufstand am Ende des 19. Jahrhunderts gegen die „Galut“ bis zur Kapitulation des säkularen Zionismus vor der Macht der messianisch-orthodox motivierten „Ganz Israel“-Ideologie, die das Land Israel auf Kosten des liberalen Nationalismus und demokratischer Überzeugungen zum höchsten Wert verwandelten, im Dienste einer ethnozentrischen

Exklusionspolitik. 1948, 1967, 1993 waren die wichtigen Meilensteine auf diesem Weg. Ein Vierteljahrhundert nach der Prinzipienklärung von Oslo sind die beiden demokratischen und humanen Alternativen – die Zwei-Staaten-Lösung wie auch der binationale Staat – nicht in Sicht. Auch ein optimistischer Sisyphos verliert somit den Mut: Das Scheitern der Bemühungen um eine gerechte und humane Lösung des Konflikts scheint prädestiniert zu sein.

Dass die israelische Politik, spätestens seit der politischen Wende im Jahr 1977, zu dieser aussichtslosen Perspektive zunehmend beitrug, ist auch Reiner Bernstein bekannt. Steht ein jüdischer Staat *per definitionem* im Gegensatz zum demokratischen Staat? Dabei hätte es ganz anders kommen können. Die Tradition von Achad Ha'am und des „Brit Shalom“ sowie die Tradition des liberalen Zionismus zielten auf eine andere Entwicklungsmöglichkeit. Bernstein ließ sich von Akiva Ernst Simon, dem Berliner Yecke, dem religiösen Juden, inspirieren, der die Verständigung mit den Palästinensern anstrebte. Simons Parole von der „fanatischen Toleranz“ fand jedoch keine Resonanz in Israel. Das letzte Wort hat der national-religiöse Fanatismus behalten, und zwar auf beiden Seiten. Mehr noch: Die kollektive Erfahrung als Opfer hat die israelisch-jüdische Gesellschaft nicht dazu motivieren können, über den Rollenwechsel zum Täter nachzudenken. Das Opfer von damals versteht sich als permanentes Opfer. Täter sind nur die anderen.

Über die Frage der starren Haltung der Kontrahenten hinaus stellt sich ein weiteres Problem: Weshalb konnten bislang die internationale Politik und deren Diplomatie die Kontrahenten nicht dazu bewegen, aus dem Teufelskreis auszusteigen? Weshalb deuten die USA, weshalb deutet die Bundesrepublik Deutschland höchstens an, dass sie mit der destruktiven israelischen Politik nicht einverstanden sind, sich aber nicht im Ernst um eine Lösung bemühen? Wieso erteilen sie den radikalen Varianten des Judentums – beim

Islamismus haben sie keine derartige Scheu - keine klare Absage? Weshalb wird die Parole von der „besonderen Verantwortung für Israel“ missbraucht? Kurzum: Weshalb hat der internationale Sisyphos aufgegeben?

Prof. Dr. Moshe Zimmermann
Jerusalem, im Herbst 2018

Abkürzungen

BT Babylonischer Talmud.

Chr. Chronik (biblisches Geschichtsbuch).

Deut. Deuteronomium = 5. Buch Mose.

DIAK „Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e.V.“

Ez. Prophet Ezekiel (Yecheskel).

Lev. Leviticus = 3. Buch Mose.

Gen. Genesis = 1. Buch Mose.

FA „Foreign Affairs“, New York.

IHT „International Herald Tribune“.

IsA „Israel Affairs“, London.

Jer. Prophet Jeremia (Yirmiyahu).

Jes. Prophet Jesaja (Yeshayahu).

Jon. Buch Jonas.

Jos. Buch Josua (Yehoshua).

JP „The Jerusalem Post“.

JPie „The Jerusalem Post international edition“.

JPS „Journal of Palestine Studies“.

JQu „The Jerusalem Quarterly“. Die liberal-konservative

Vierteljahreszeitschrift, zuletzt redaktionell verantwortet von dem Orientalisten Emmanuel Sivan und dem Politologen Zeev Sternhell, stellte im Sommer 1989 mit der Ausgabe 51 ihr Erscheinen ein.

JR „The Jerusalem Report“.

LBI „Bulletin des Leo Baeck Instituts“, London / New York.

Lev. Leviticus = 3. Buch Mose.

n.d.Z. nach der christlichen Zeitrechnung.

Neh. Prophet Nehemia (Nechemia).

NGO „Non-Governmental Organization“.

Num. Numeri = 4. Buch Mose.

NYT „The New York Times“.

NZZ „Neue Zürcher Zeitung“.

PIJ „Palestine-Israel Journal“.

PT Palästinischer (Jerusalemer) Talmud. Gegenüber dem Babylonischen Talmud fehlt ihm die normative Bedeutung.

Sam. Buch Samuel.

Kapitel I

Das Problem

הן עם לבדד ישכון ובגויים לא יתחשב 1

André Malraux hat vorhergesagt, das 21. Jahrhundert werde das Jahrhundert der Religion sein, oder es werde gar nicht sein. Dazu forderte der ehemalige EU-Kommissionspräsident Jacques Delors von der internationalen Politik ein „tieferes Verständnis für die religiösen und philosophischen Vorstellungen anderer Zivilisationen“ und stellte damit das eurozentrische Weltbild in Frage. Stimmen wie diese haben jedoch keine nachhaltige Resonanz gefunden. „Vor allem werden wir uns künftig mehr Mühe geben müssen, andere zu verstehen, bevor wir selbst handeln und uns ihnen moralisch überlegen fühlen“, hat Sigmar Gabriel ergänzt. Selbst die westliche Elitenwissenschaft hat die Verschiebung der Determinanten im Wettstreit der Systeme nicht nachvollzogen. Die internationale Diplomatie steht mit ihren Angeboten und Vorschlägen den nationalistischen und ultra-religiösen Prioritäten in der Region erschöpft gegenüber. Ihre Ratlosigkeit bekämpft sie mit der Flucht in „Visionen“ und beschwört „Grundwerte“.

Die Kontroverse um das Verhältnis zwischen Moderne und Tradition, zwischen Politik und Religion zieht sich durch die Geschichte des Zionismus und des Staates Israel. Zwar trugen die „niedereren Seelen“ der Land- und Bauarbeiter in der britischen Mandatszeit keine Gebetsriemen, doch blieb in ihrem Herzen die jüdische Heiligkeit verborgen, wurde behauptet. Die Infektion der

bösen Schale („Klippá Nogá“) werde den Einwanderern ausgetrieben. Inzwischen weichen die Lebensentwürfe des einzelnen der Sakralisierung des nationalen Korpus. Gegen sie kommt die Idee eines säkularen Nationalstaates nur schwer zum Zuge. Der liberale Rechtsstaat ist desavouiert, die Falken haben über die Tauben triumphiert. Die politische Opposition präsentiert sich zerrissen, ist als Gegengewicht gering vernetzt und will an ihrer bis in die 1970er Jahre zurückführenden Grundentscheidung festhalten, die Kooperation mit arabischen Parteien zu meiden, um zum „nationalen Lager“ zu gehören. Die Gefahren des Irredentismus in der arabischen Bevölkerung wachsen. Werden arabische Antragsteller bei Behörden, arabische Studenten an den Universitäten und arabische Abgeordnete im Parlament auf ihrer Muttersprache bestehen? Oder wollen sie sich in einer Opferrolle einrichten? Zur Stabilisierung des jüdischen Nationalstaats ist die Bevölkerungsmehrheit zur absoluten Loyalität aufgerufen. Bekenntnisse, das Land gehöre Juden und Palästinensern gemeinsam, werden im Keim erstickt. Eine über den Flügelkämpfen stehende Persönlichkeit mit Charisma fehlt.

Israels erbitterter Kulturkampf zweier ideologisch verfeindeter Blöcke hat vor Deutschland nicht haltgemacht. Jede öffentliche Veranstaltung gerät ins Visier, die sich mit der israelischen Innen- und Außenpolitik kritisch auseinandersetzt. Am 18. September 2018 verabschiedete der Landtag von Nordrhein-Westfalen einen Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, in dem nach dem üblichen Deckmantel „Kritik an der israelischen Regierungspolitik (muss) genauso wie in Israel erlaubt sein“ die Behauptung verbreitet wurde, dass die „BDS-Bewegung ... zur Isolation und zum wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Boykott des Staates Israel“ aufrufe. Die Antragsteller scheuten nicht davor zurück, den antijüdischen Boykott in Deutschland am 01. April 1933 als

Begründung für ihre Entscheidung herbeizuzitieren. Dagegen hatte die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen an die Bundesregierung im April 2013 schon klargestellt, dass es „nicht um Boykott israelischer oder gar jüdischer Produkte (geht), sondern um die Ermöglichung informierter Kaufentscheidungen“ sowie „um die Umsetzung internationalen Rechts und der Politik der Europäischen Union gegenüber Israel²“.

Die transnationale Kampagne kann, wenn sie sich gegen die Produkte aus den Siedlungen der palästinensischen Gebiete richtet, auf Ministerpräsident Menachem Begin (1913 - 1993) berufen, auf den die Anordnung an alle Botschaften und Konsulate zurückgeht, in Zukunft die Bezeichnung „Judäa und Samaria“ statt Westbank oder „verwaltete Gebiete“ zu benutzen und dafür alle administrativen Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Die nachgewachsenen Generationen können mit den Markierungen der „Grünen Linie“ nichts mehr anfangen. Sind die Vorwürfe der Delegitimierung Israels und des antijüdischen Ressentiments berechtigt, oder geht es um die Verschleierung von Realitäten, den berüchtigten „facts on the ground“? Fest steht, dass mit Hemmnissen und Verboten BDS-Aktivitäten nicht mundtot zu machen sind.

Im Herbst 2018 forderte Benjamin Netanjahu mehrere europäische Regierungen offiziell dazu auf, Finanzhilfen für israelische NGO's wie „New Israel Fund“, „Breaking the Silence“ und „B'tselem“ einzustellen, weil sie den Staat Israel und sein Militär beschädigen. Dafür schaltete der Ministerpräsident zusätzlich seinen Sohn Yaír ein, für den Menschenrechtsorganisationen der antisemitischen Konspiration verfallen sind. Im Zuge der vorzeitigen Auflösung der Knesset, um Neuwahlen im März 2019 Platz zu machen, wurde ein Gesetz vorbereitet, um Kultureinrichtungen aus der Förderung zu nehmen, die

Israels Identität als jüdischen und demokratischen Staat nicht anerkennen.

Die Verurteilung der Politik Israels in trans- und supranationalen Gremien, in Leitmedien des In- und Auslandes und in Kreisen der internationalen Öffentlichkeit muss von einem Staat, der auf seine exklusiven ethnischen und religiösen Eigenbilder fixiert ist, als unangemessene, ja feindliche Versuche der Einmischung abgetan werden. Wenn sich zudem Juden dem massiven Druck entgegenstellen, erfüllen sie den Tatbestand des Selbsthasses. „Das BDS-Monster ist eine der glorreichen Erfindungen der israelischen Regierung. Mit Hilfe einer Propagandamaschinerie, riesigen Ressourcen und drohenden Botschaften hat sie eine legitime und gewaltlose palästinensische Protestbewegung in eine antisemitische Verschwörung verwandelt“, schrieb „Haaretz“. Wer einen jüdischen Staat haben will, leugnet die Existenz eines zweiten Volkes im Lande.

Waren die Beziehungen zwischen der arabischen Mehrheit und der sefardisch-jüdischen Minderheit in der Epoche der Osmanen relativ einträchtig verlaufen, so nahmen sie mit der aschkenasisch-jüdischen Einwanderung, der „Einsammlung der Zerstreuten³“, in das Land, in dem Milch und Honig fließen würden⁴, spannungsreiches Tempo auf. Ihm haben die heutigen Palästinenser nichts entgegenzusetzen. Nach innen gespalten, nach außen gelähmt, flüchten sie sich in Rufe wie „Gott ist groß“ („Alláhu Akbár“), nehmen zu Anschlägen als Ausdruck ihrer politischen Hilflosigkeit Zuflucht und können von ihren arabischen Nachbarn nichts erwarten. Ersatzweise verbreiten Gelehrte und Geistliche vernehmlich und aggressiv die These von der Gemeinschaft der islamischen Völker („Ummá“).

Für den Fall, dass der Oberste Gerichtshof als Normenkontrol-linstanz das „Nationalstaatsgesetz für das

jüdische Volk“ („Nation-State Bill for the Jewish People“ – „Khoq Leóm Le-Am Ha-Yehudí“)⁵ als fünfzehntes Grundgesetz vom 19. Juli 2018“ kippt, hat Justizministerin Ayelet Shaked mit einem „Erdbeben, einem Krieg der Verfassungsorgane“ gedroht; bei der Amtseinführung neuer Rabbiner im Oktober 2018 schloss Staatspräsident Reuven Rivlin entgegen der gängigen Praxis Shaked aus. Für Kritiker des Gesetzes hingegen rückte die traditionelle Trauer um die Zerstörung des ersten und zweiten Tempels mit seinem Allerheiligsten („*Kodesh Kadish*“) am 9. Tag des Monats („*Tisha b’Av*“), der 2018 auf den 22. Juli fiel, näher und mündete im „freien Hass“ („*Sin’át Hinám*“) gegen alles Fremde. Das jüdische Volk habe nicht zwei Jahrtausende Verfolgungen und endlose Grausamkeiten ertragen müssen, um nun über ein anderes Volk zu herrschen, er schäme sich, Israeli zu sein, schrieb Daniel Barenboim. Ein moderner Staat lasse sich nicht mit zwei Arten von Staatsbürgern lenken, Herren und Dienern, bekräftigte der Herausgeber der arabischen Jugendzeitschrift „*Al-Yad*“ („Die Hand“) Odeh Bisharat. Das ehemalige Mitglied des Obersten Gerichtshofs Salim Joubran mahnte, dass der Grundsatz der Gleichstellung in jedem demokratischen Staat der Welt gewährleistet sei. Der drusische Rechtsanwalt Rafik Hálabi warnte vor einem „Ehrenzertifikat“. Oppositionsführerin Tsipi Livni begründete die von Benjamin Netanjahu für ethnische und religiöse Minderheiten ins Spiel gebrachte Sonderregelung als Einführung eines „Klassensystems“. Der Jerusalemer Politologe Zeev Sternhell befürchtete, dass dem „Nationalstaatsgesetz“ weitere Stationen zum Abbau der pluralistischen Demokratie und der Gewaltenteilung folgen würden. Für den Rechtswissenschaftler Mordechai Kremnitzer bleiben Rassisten eben Rassisten. Der 94 Jahre alte Uri Avnery (1923 – 2018), der weltweit wie kein anderer Israeli die progressive Zivilgesellschaft

repräsentierte, lehnte das Gesetz ab, weil Israel der Staat der israelischen Nation und nicht des jüdischen Volkes sei. In einer gemeinsamen Erklärung klagten 40 ehemalige Diplomaten, dass sie der Welt nicht mehr in die Augen blicken und ihr sagen könnten, dass ihr Staat im Geiste der Propheten die einzige Demokratie im Nahen Osten sei.

Die Abgeordnete Stav Shaffir, die im Sommer 2013 an der Spitze der Demonstrationen gegen die hohen Lebenshaltungskosten in Tel Aviv stand, weigerte sich, das „Nationalstaatsgesetz“ zum „zionistischen Traum“ zu rechnen. Es herrsche „ein Status quo des Terrors“ vor, „und je länger wir brauchen, eine Entscheidung zu fällen, desto früher werden wir Teil dieses Standpunkts“. Doch Netanjahu werde eine Episode in der Geschichte Israels bleiben, prophezeite Shaffir kühn. Der Kolumnist Bradley Burston schrieb in einem offenen Brief an „Bibi“ – so Netanjahus üblicher Spitzname –, er begehe den „zerstörerischsten Fehler“ seiner Amtszeit. Der in einer orthodoxen Familie in Los Angeles aufgewachsene Chemi Shalev verwahrte sich gegen den Chauvinismus: Es gebe wenige Länder, in denen solch primitive Ansichten zur Regierungspolitik gehören, etwa Iran und Saudi-Arabien. Der in den 1970er Jahren gegründete „*Gush Emunim*“ („Block der Glaubenstreuen“) habe den religiösen Zionismus metastasiert, die Ultraorthodoxen infiziert, die säkularen Nationalisten hypnotisiert sowie die Politik und die Medien infiltriert. Die Religion sei zur bedeutendsten Verkäuferin der Okkupation aufgestiegen. Für Shalev reichte das „Nationalstaatsgesetz“ jenen die Hand, die Israel mit Südafrikas Apartheid-Regime gleichsetzen.

Am 29. Juli forderten viele hundert Künstler, Autoren und Intellektuelle – unter ihnen Amos Oz, David Grossman, Abraham B. Yehoshua und Etgar Keret – Netanjahu und die Knesset auf, das Gesetz zurückzuziehen:

„Das Nationalstaatsgesetz, wonach der Staat Israel nur der Nationalstaat der Juden sein soll, erlaubt ausdrücklich die rassistische und religiöse Diskriminierung, verneint Arabisch als eine offizielle Sprache neben dem Hebräischen, erwähnt nicht die Demokratie als die Grundlage des Landes und gibt nicht die Gleichberechtigung als Grundwert an. Deshalb widerspricht sie der Definition des Staates als eines demokratischen Staates und der Unabhängigkeitserklärung, auf deren Basis der Staat gegründet wurde.“

Von nun an solle den Richtern das Recht gegeben werden, dem jüdischen Charakter Israels in ihren Entscheidungen Priorität einzuräumen. An die Adresse Netanjahus gerichtet, fuhren die Unterzeichner fort:

„Während Ihrer Regierungszeit haben Sie ständig die Grundlagen unseres Staates ausgehöhlt. Sie haben die Beziehungen zwischen Israel und den amerikanischen Juden beschädigt, und Sie haben ganze Bevölkerungsgruppen in die Armut gestürzt. Sie haben der israelischen Gesellschaft einen schweren Schlag versetzt, doch der schwerste Schlag ist der gegen die Werte der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Verantwortung, auf denen die israelische Gesellschaft gründet und aus denen sie ihre Stärke bezieht.“

Stimmen wie diese halten die Option einer offenen Gesellschaft offen. Aber in Blitzumfragen stimmten 52 oder gar 58 Prozent der jüdischen Israelis dem „Nationalstaatsgesetz“ zu, und 51 Prozent befürworteten die Nachrangigkeit der arabischen Sprache. 45 Prozent zeigten sich unsicher, ob ein solches Gesetz notwendig sei. Um die Einschätzung des Würzburger Rechtsphilosophen Horst Dreier zu variieren: Nicht „die Kirche geht in den Staat auf“, sondern nationalistische und ultra-religiöse Themensetzungen bemächtigen sich des Staates, dessen Agenda, Dynamik und Klima sie in ihrem Sinne verändern und dessen Kontrollverlust sie feiern. Anfang des vorigen Jahrhunderts hatte der in Hildesheim geborene nicht-zionistische Wiener Oberrabbiner Moritz Gudemann (1835 - 1918) geglaubt, das Judentum spanne „den Geist seines Bekenners nicht in den Schraubstock des Glaubens“. Die Wahrheit sei, dass der neutrale Staat ein Mythos

bleibe, wenn er sich nicht auf den patriotischen und tribalen Zusammenhalt stütze, hat Yoram Hazony dagegengehalte⁶. Mit der Opferung des ethischen Neutralitätsgebots als eines Vertrags der gesellschaftlichen Befriedung ist die geringe öffentliche Wahrnehmung der Arbeiten der „neuen Historiker“ einhergegangen. Der von Timothy Garton Ash angemahnte liberale Patriotismus blieb auf der Strecke.

1930 hatte Judah Leon Magnes (1877 - 1948), ab 1925 erster Kanzler und von 1935 bis zu seinem Tode Rektor der Hebräischen Universität, die kommenden Herausforderungen in seiner Broschüre „Wie alle Völker ...?“ thematisiert und ihnen den biblischen Vers vorangestellt „Welch anderes Volk auf Erden ist wie Dein Volk in Israel⁷?“ Magnes wollte ermitteln, ob der Zionismus aufgrund der einzigartigen jüdischen Bindung an Gott⁸ ein Gemeinwesen jenseits der Realgeschichte schaffen wolle und daraus ein gesondertes Eigentumsrecht auf das Land Israel ⁹ reklamieren, das mit dem Schwert verteidigt werden müsse¹⁰ - Israel gegen den Rest der Welt? Der unter dem Pseudonym Achad Ha'am („Einer aus dem Volke“, 1856 - 1927) auftretende Kulturzionist Asher Ginsburg hatte 1902/03 davor gewarnt, das Schwert gegen die Schrift zu setzen. An die Adresse der „östlichen Zionsfreunde“ gerichtet, warnte er davor, sich der Parole „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns“ anzuschließen. Oder laute die Alternative, so Magnes, dass sich der künftige Staat mit der universellen „Idee der Gemeinschaft aller Menschen („brotherhood“) und der Gerechtigkeit“ als Teil der Völkergemeinschaft mit allen Rechten und Pflichten zu verstehen gedenke? William M. Brinner und Moses Rischin stellten ihrer Magnes-Biographie dessen Bekenntnis voran: „Für das jüdische Volk werden hohe Ziele („high end“) nie niedere Mittel rechtfertigen. Wir haben uns zu lange aus der rabbinischen Tradition genährt.“

In San Francisco geboren und über seine Mutter deutschsprachig aufgewachsen, musste sich der oberste Repräsentant der Universität eine gewisse politische Zurückhaltung auferlegen. Einerseits war Magnes als unumstrittene Führungsfigur anerkannt, andererseits blieb er die „einsamste Stimme unter den Juden“ (Horace M. Kallen) und für Abba Eban (1915 - 2002) der „große Abweichler“. Für Magnes bildete eine Binationalität mit Selbstregierung auf der Basis politischer und numerischer Parität den Ausweg. Moralische Kraft müsse den Sieg davontragen, wenn Zion „in Gerechtigkeit erlöst¹¹“ werden wolle. Martin Buber (1878 - 1965) verlangte einen „intra-nationalen Zugang“, damit das jüdische Volk als nationale Entität in der sozialen Struktur Palästinas überlebe. Chaim Weizmann (1874 - 1952) zeigte sich davon überzeugt, dass der Zionismus mit der schwerwiegenden Wahrheit der arabischen Gegenwart konfrontiert sei. Nur mit der Lösung des „arabischen Problems“ sei ein lebensfähiger Staat Israel vorstellbar.

Die Schärfe der Alternativen ist von allen Regierungen in je eigenem Sinne beantwortet worden. Golda Meir (1898 - 1978) wählte in ihrer Biographie den Zwischentitel „We are alone“. Der Theologe und Diplomat Yaacov Herzog (1921 - 1972), einer ihrer Berater, bekannte sich in seinen Essays und Vorträgen „A People That Dwells Alone“ zu ihr. Die Belastungen der „Shoah“ haben Neigungen verstärkt, gegenüber der Welt „keine Wahl“ zu haben, fügen sich aber in ein älteres theologisches Konstrukt ein. „Wir sind Überlebende des Holocaust und sehen überall Gefahren. Israelis und Palästinenser - auch sie Überlebende zahlreicher Fremdherrschaften - kennen nur die Sprache der Gewalt“, räumte David Grossman 1999 ein. Die Erfahrungen der „Shoah“ haben für Rivlin die Qualität einer Linse, „durch die wir die Welt sehen“. Netanjahu bekannte sich zu zwei „Hauptprinzipien“, erstens: „Wenn

jemand kommt, um dich zu töten, mache dich auf und töte ihn zuerst“. Zweitens: „Wenn jemand uns verletzt, klebt sein Blut an seinen Händen.“ In der „Haggada“ („Erzählung“) am „Seder“-Abend vor „Pessach“ wird der Herr gelobt, „dass Du Dein Volk abgesondert und geheiligt hast“, nachdem sich in jeder Generation die Völker gegen Dich wenden. Dazu hat Aviezer Ravitsky, Professor für Jüdische Philosophie in Jerusalem, auf die „theologische Bürde“ des Staatsnamens in der 979 hebräische Wörter umfassenden Unabhängigkeitserklärung und die Dehnbarkeit des dortigen Begriffs „Fels Israels“ verwiesen:

„In der religiösen Tradition bezeichnet der Begriff einen Glauben an Gott und verweist auf einen passiven Gruß an den ‚Erlöser Israels‘. Im modernen Hebräisch jedoch verweist ‚Vertrauen‘ (das hebräische Wort bitakhón bedeutet auch Sicherheit¹²) grundsätzlich auf physische und militärische Macht.“

Für den sich zur modernen Orthodoxie zählenden Autor blieb ungeklärt, ob mit dem Schlusssatz „Im Vertrauen auf den Fels Israels“ („Tsur Israel“) die Wehrhaftigkeit des jüdischen Volkes oder der Gott Israels gemeint war. Für Jonathan Sacks, „Chief Rabbi of the United Hebrew Congregations of the Commonwealth“ zwischen 1991 und 2013, stand die doppelte Antwort fest: für die Religiösen steht „Fels Israels“ für Gott, für die Säkularen das jüdische Volk mit seinem unbezwingbaren nationalen Willen. David Ben-Gurion (1886 - 1973) hoffte, dass der Begriff ausreichend doppeldeutig sei, doch das religiöse Führungspersonal setzte die Formulierung „Fels Gottes und seines Erlösers“ durch. Für den Präsidenten des „Herzl Institute“ in Jerusalem Yoram Hazony liegt die Entscheidung auf der Hand: Im Ergebnis („in effect“) ist seit Moses als „Sprecher des Himmels und der Erde“ die „Thora“ die Verfassung des Staates. Seine Botschaft sei kein Sieg des Universalismus, sondern die alleinige Legitimierung Israels. Am Freitag des 14. Mai 1948 (im

jüdischen Kalender der 5. Tag des Monats „Iyar“) vor Beginn des Shabbats wurde die Unabhängigkeitserklärung im alten Museum von Tel Aviv hinterlegt, damit sie die drohende arabische Militärintervention überstehe.

Dass der Staat Israel in der Nachfolge des frühen Zionismus keine Nichteinmischung in Glaubensinhalte garantieren konnte, lag außerhalb der Vorstellungswelt Theodor Herzls (1860 - 1904). Er klopfte an die Tür der jüdischen Zukunft, ohne ihre Fortentwicklung zu kennen. Religiösen Verbindlichkeiten stand er indifferent bis ablehnend gegenüber, die Rabbiner wollte er in die Synagogen schicken: „In den Staat haben sie nicht dreinzureden.“ War er „unjüdisch“? Indem das angestrebte Gemeinwesen die Religion von vornherein einbeziehen musste, war ihm der Zugang zu einer den Grundrechten verpflichteten Demokratie erschwert. Mehr noch: Es war gehalten, die religiöse Neutralität preiszugeben, wenn, wie Avraham B. Yehoshua ausgeführt hat, das jüdische Volk geschichtlich einzigartig ist und nach zweitausend Jahren in sein Land zurückkehrt. Indem die Bindung an Gottes Gebote „mit den durch Arbeit im Lande neu erworbenen Rechten“ verknüpft wurde, habe „die Kolonisation (...) nichts mit den so viel gescholtenen Kolonisationsmethoden des Imperialismus“ zu tun, lautete 1930 die Antwort auf den Kommissionsbericht des britischen Staatssekretärs für die Kolonien Walter Shaw (1864 - 1937).

Zur selben Zeit verwahrte sich Ben-Gurion - nach eigenen Worten mitnichten religiös, doch in Treue zu den Propheten: „Unser Mandat ist die Bibel“ - gegen die „Illusion, dass wir wie alle Völker sind“, und machte Moses als den Urheber des jüdischen Bewusstseins vom gesondert wohnenden Volk („Am s^egulá“) aus - für ihn „das angeborene jüdische Bewußtsein“, wenn auch „eine besondere Last, die Verpflichtung, nach dem Gewissen zu handeln und auf das zu hören, was der [Prophet] Elia hernach ‚die leise Stimme‘^[13] genannt hat“. Das jüdische Volk stehe erst am Anfang der Erwählung, schränkte er später ein, habe aber in der Zerstreuung die „göttliche Präsenz“ (aramäisch „Sh^echintá Be-Galutá“) in seinem Leben bewahrt. 1955 ließ er den kanadischen Generalmajor E.L.M. Burns, dem Kommandanten der UN-Waffenstillstandsmission, wissen: „Der Ewige gibt Seinem Volk Macht, der Ewige, mit Frieden segnet Er Sein Volk^[14].“

Für den Bibelwissenschaftler Uriel Simon stand der politische Zionismus „nackt vor der jüdischen Tradition“ und zeigte, „dass wir nicht wie andere Völker sein können“¹⁵. Shneur Zalman Abramov (1908 - 1997), Mitglied der Knesset zwischen 1959 und 1973 sowie ihr zeitweiliger Präsident für den „Block für die Freiheit Israels“ (Akronym „Gahal“) unter Führung Menachem Begin, machte im Zionismus ein „ewiges Dilemma“ aus. Andere Autoren sprachen von einem „messianischen Dilemma“ oder von einer „messianischen Realutopie“. Der New Yorker Historiker Yosef Hayyim Yerushalmi (1932 - 2009) sah im Zionismus eine „angespannte Dialektik von Gehorsam und Rebellion“, der Jerusalemer Historiker Eliezer Schweid fragte: „Israel - Heimatland oder Land des Schicksals?“ Der Publizist Yossi Melman zeigte sich zwar davon überzeugt, dass 80 Prozent der Israelis Atheisten seien wie er selbst, dass sie aber auf dem „Drahtseil“ zwischen Weltlichkeit und Religiosität balancieren, wofür er in seinem Buch die Zwischenüberschrift „Auf Gott vertrauen wir“ wählte: Wahrscheinlich seien Religion und Nationalität eine Einheit: Durch die Konzentration bleiben beide miteinander verbunden.

Im Rückblick sei daran erinnert, dass der aus Köln eingewanderte Georg Landauer (1895 - 1974) die jüdische Nationalbewegung „immer (als) ein(en) Mantel für ganz verschiedenartige, ganz entgegengesetzte Bestrebungen“ sah. Die Soziologin Susan Hattis Rolef glaubte an die Chance, dass Israel zum „Hafen für alle Juden“ werde, „religiös oder säkular, orthodox, konservativ und Reform, aschkenasisch, sefardisch oder sonst“. Das Bekenntnis zur Pluralität richtete sich gegen eine religiöse Monokultur, welche Politik und Gesellschaft zu beherrschen sucht, sich populistisch-suggestiv und kanonisch der staatlichen Ordnung bedient und Israel nur als Ort der Zuflucht vor dem Antisemitismus wähnt. Jakob Klatzkin (1882 - 1948),

von 1909 bis 1911 Chefredakteur der auf gelbem Papier erscheinenden „Welt“, dem von Herzl 1897 gegründeten Organ der Zionistischen Organisation, hatte noch geglaubt, dass die „Judophobie“ eine heilbare Krankheit sei.

Zwischen „jüdischem Grundrecht“ und „Subaru-Syndrome“

Für die sich zur Friedensszene rechnende Publizistin Janet Aviad ist die ideologische Konversion zu einem „beständigen, dramatischen und machtvollen Beispiel des Widerstandes“ mit dem Ziel der „Ent-Israelisierung“ (Gershon Shaked) geworden, wobei sich strenggläubige Juden aller öffentlichen Dienstleistungen bedienen. In Anlehnung an die japanische Automarke konstatierte Yossi Melman ein „Subaru syndrome“, Gershom Scholem (1897 - 1982) beklagte die „technologische Assimilation“: Die orthodoxe Geschlossenheit im zaristischen Shtetl, der sich orientalische Juden im Habitus angeschlossen haben, soll unter Begleitung von Start-Ups und Hochtechnologie an die Stelle des religiös vielfältigen Bekenntnisses treten und der „Ent-Judung“ Paroli bieten. Bis in die staatlichen Apparate hinein ist ein „System der Unangreifbarkeit“ (Carolina Landsmann), der „Hegemonie“ (Anshel Pfeffer), der „Tyrannei“ (Chemi Shalev) und der „erbärmlichen Kapitulation“ Netanjahus (Eric H. Yoffie) zur Wahrung des religiösen Vetorechts im öffentlichen Leben entstanden - eine Leistung, die von liberaler Seite hilflos als „clown show“ und „exzentrisch“ gerügt wurde.

Es reichte 1995 aus, dass Yitzhak Rabin (1922 - 1995) das Militär in der Westbank teilweise umzugruppieren beabsichtigte, um den Palästinensern mehr Bewegungsfreiheit zu geben, für sein Todesurteil. Einen Staat Palästina lehnte er ab. 1977 verneinte ein Teilnehmer die Symmetrie zwischen der dreitausend Jahre alten Geschichte des jüdischen Volkes im Lande Israel und einer

palästinensischen Nationalität, die „vielleicht fünfzig Jahre alt“ sei und eine künstliche Kreation darstelle. Das „palästinensische nationale Problem“ dürfe nicht auf Kosten des jüdischen Heimatlandes einschließlich Judäas und Samarias gelöst werden: „Warum haben wir das Recht, in Lydda, in Lod, in Ramle, in Ashdod und in Akko zu leben, wenn uns Jericho und Hebron vorenthalten werden?“ Wenn Nazareth und Galiläa 1948 annektiert worden seien, müsse Nablus folgen: „Judäa und Samaria sind hier“ („Yésa ze kan“). Mit Begriffen und Themen wie Terror, jüdischer Staat, Existenzrecht, Patriotismus, Loyalität sowie Judäa und Samaria haben sich Deutungsmuster als neue politisch-ideologische Wirklichkeiten über die Parteigrenzen hinweg durchgesetzt.

Der landesgeschichtlichen, theologischen und literarischen Durcharbeitung der jüdischen Geschichte in Palästina seit dreitausend Jahren sowie deren Interpretationen in zahllosen Forschungsarbeiten hat der arabisch-muslimische Kosmos wenig entgegenzusetzen, auch wenn im Koran die biblischen Namen ohne ihre religiöse Würdigung Abraham, Moses, David, Jakob, Josef und sogar Noah vorkommen [16](#). Wenn Aleida und Jan Assmann auf die Genese und die Kontinuität der kulturellen Erinnerung durch die Prinzipien der Auswahl und ihrer Nachdrücklichkeit mittels Texten, Bildern und Riten verweisen, „die unser Zeit- und Geschichtsbewusstsein, unsere Selbst- und Weltbildung prägen“, dann haben die Palästinenser schlechte Karten. So wird Jerusalem in der Bibel über achthundert Mal genannt, im Koran gar nicht; in der frühen islamischen Literatur kommt die Stadt unter dem römischen Spottnamen „Aelia Capitolina“ vor – nach der jüdischen Niederlage im Bar-Kochba-Aufstand von 132 bis 135 n.d.Z. Magnes glaubte, dass dem ganzen Land und besonders Jerusalem durch die jüdische Aufbauarbeit die Heiligkeit zurückgegeben werde. Zwar ließ sich die Klage

des Philosophen und ehemaligen Rektors der „Al-Quds“-Universität Sari Nusseibeh nachvollziehen: „Aufgrund der Okkupation kümmern wir uns nur um uns selbst, die Welt interessiert uns nicht“. Dass aber die Palästinenser „ein Spiegel der Juden“ seien“, war weit hergeholt. Denn beide „Ideo-Theologien“ (Clive Jones) unterscheiden sich fundamental in der Kraft ihres Durchsetzungsvermögens.

Leben aus der Vergangenheit?

Von der Billigung der politischen und militärischen Stärke als oberster Priorität blieb die Friedensszene in Israel nicht verschont. Ihre Schwäche hat einer Art Festungsmentalität mit verzweifelten und trotzigem Abwehrmechanismen Platz gemacht. Das gilt in erster Linie für Jerusalem. Für die Zeitschrift „Palestine-Israel Journal“ ist die Stadt das eindrücklichste Sinnbild des Niedergangs in den bilateralen Beziehungen. Hier lebten einst in „stolzer Abgrenzung“ voneinander Juden, Moslems und Christen in einem „Mosaik getrennter Gemeinschaften“, hielt 1960 der Anwalt Dov Joséph (1899 - 1980) fest, der 1948 zu den Verteidigern der Stadt als Militärgouverneur gehörte. In den tiefsten Schichten würden sich für ihn Legenden, Fabeln und Tatsachen vermischen, die Jerusalem zweitausend Jahre lang als zentrales Symbol in der Religion jedes Kindes erhalten hätten. Sein aus dem zaristischen Russland stammender Vater sei ein frommer Jude gewesen, für den die Tradition, die Prinzipien und die Beobachtung der moralischen und rituellen Chiffren des Judentums alle um die Heilige Stadt und den Tempel als der Einwohnung Gottes („*Sh^echiná*“) gekreist hätten. Für den Kolumnisten Roger Cohen von der „New York Times“ ist sie eine „Stadt der Leidenschaften“. Entstände in Ost-Jerusalem die palästinensische Metropole, würden viele Israelis das Land verlassen, um den psychischen Schockwellen zu

entkommen, hat Zeev Sternhell ausgeführt. Zur Begründung seiner Zweifel an der liberalen Kraft der Zivilgesellschaft verwies der Soziologe Meron Benvenisti, einstiger Stellvertreter Teddy Kollleks (1911 – 2007) und für den arabischen Osten der Stadt zuständig, darauf, dass sich das jüdische Gedächtnis an die Zentralität Jerusalems seit zweitausend Jahren unverändert erhalten hat:

„Die Tatsache, dass in alten Zeiten die Grenzen der Stadt durch religiöse Autoritäten gemäß dem jüdischen Religionsgesetz geändert wurden, während sie heute von säkularen Kräften gezogen werden, konstituiert keinen grundlegenden Wandel. Das moderne Religionsgesetz setzt auf administrative Entscheidungen und dehnt die Grenzen der Stadt gemäß ihrer [von ihm selbst entschiedenen] Heiligkeit aus.“

Wenn der Bräutigam bei der Eheschließung ein Glas unter seinen Füßen zertritt, erinnert er an die Zerstörung des Tempels. Im Herbst 2017 verlangten ultraorthodoxe Kreise, die allein in Jerusalem über 40 Prozent der jüdischen Gesamtbevölkerung ausmachen, die Rückkehr zur jiddischen Sprache, weil das Hebräische von religiös abtrünnigen Juden verdorben worden sei.

Wie lange kann ein Land aus der Vergangenheit leben? Die wachsende Zahl der ausländischen Touristen, die ungebremste Reisefreudigkeit der Israelis – ein „Haaretz“-Redakteur zitierte den in Spanien wirkenden und an einer Grabstelle bei Tiberias verehrten Moses Maimonides (Akronym „Rambam“, 1135 – 1204), für den eine Reise aus dem Gelobten Land einer Gotteslästerung gleichkam –, die effizienten Forschungs- und Entwicklungszentren, die Universitäten, der ungestüme Konsum sowie die Massenkultur der Beliebigkeit zählen zu jenen Faktoren, die das Land vor der Selbstghettoisierung bewahren. Sie bleibt jedoch lebendig, wenn ein weitgereister Geschäftsmann uns vom Ölberg aus stolz „Mein Jerusalem“ mit Blick auf den Felsendom zeigt, der das „Noble Heiligtum“ überragt. Die in die Hunderttausende gehende

Zahl der Israelis in New York, in Los Angeles oder in Berlin - „eine Art Wanderdünenphänomen“ (Scholem) - hinterlassen bisweilen den Eindruck von Super-Israelis mit allen Schattenseiten der Überkompensation ihres schlechten Gewissens.

Berliner Bekenntnisse

Der israelisch-palästinensische Brandherd ist international an den Rand gedrängt oder gar abgeschrieben worden, obwohl von ihm eine Destabilisierung im gesamten Nahen Osten ausgeht. Die ausführlichen Jahresberichte der europäischen „Heads of Missions“ in Jerusalem finden in den Hauptstädten keine hinreichende Aufmerksamkeit. Stattdessen haben sich zum 70. Jahrestag der Gründung Israels deutsche Politiker und solche, die sich zur Verantwortung berufen fühlen, zu Lobeshymnen veranlasst gesehen. Schon ein Jahr zuvor luden die Fraktionen des Bundestages zwei israelische Referenten, aber keinen palästinensischen Gast ein und stellten ihrem Fragenkatalog das Bekenntnis voran:

„Israel ist als jüdischer und demokratischer Staat sowohl aufgrund seiner Geschichte sowie seiner geographischen Gegebenheiten innerhalb der Region in einer besonderen Situation.“

Im Februar 2018 distanzierte sich der Koalitionsvertrag von Union und SPD von der Siedlungspolitik, zu deren auswärtiger Akzeptanz die israelische Exekutive erhebliche Mittel einsetzt, und wiederholte die besondere Verantwortung gegenüber Israel als einen jüdischen und demokratischen Staat. Zwei Monate später würdigten die Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen und DIE LINKE Israels demokratische und rechtsstaatliche Strukturen, erinnerten an die Flucht und Vertreibung der 750.000 Palästinenser 1947/48, rügten die Siedlungspolitik,